

Protokoll GemR 26.06.2008

Fortführung des Verkehrskonzeptes Innenstadt;
Umbau Grabenstraße

Beratung/Beschluss:

Die Vorsitzende begrüßt die anwesenden Anwohner der Grabenstraße. Sie lobt die Planungswerkstatt und das kooperative Verhalten der Anwohner. Ihres Erachtens müsse dieses Modell der Zusammenarbeit in anderen Bereichen der Verwaltung „Schule machen“.

Stadtrat Escher verliest die Stellungnahme der CDU-Fraktion zum Thema (Anlage 1). Darin erklärt und begründet er, dass seine Fraktion den Punkten 1 und 2 des Beschlussvorschlages zustimmen werde, die Punkte 3 und 4 dagegen ablehne.

Stadträtin Gula berichtet, dass die Beschlussvorlage in der SPD-Fraktion intensiv und nicht einhellig diskutiert worden sei. Der Mitwirkung der Bürger stehe die Fraktion positiv gegenüber und die Arbeit der Planungswerkstatt sei gut. Die bereits genannten Bedenken seien aber auch in der SPD-Fraktion laut geworden. Die Grabenstraße solle ein Einzelfall sein, mit dem kein Präzedenzfall geschaffen werde dürfe. Da eine vollständige Ablehnung des Beschlussvorschlages nicht gewollt sei, schlage die SPD-Fraktion vor, den Punkt 4 dahingehend zu ändern, dass die Formulierung „verpflichtet sie sich“ durch die Formulierung „ist es grundsätzlich denkbar“ ersetzt wird.

Stadtrat Lacher zeigt sich überrascht über die Haltung der CDU-Fraktion. Hier läge ein vorbildliches Beispiel für Bürgerschaftliches Engagement vor. Der Vorschlag sei eine Lösung, die über das Normale hinausgehe und Vorteile für die ganze Innenstadt hätte. Die hohe Bereitschaft zur Kostenbeteiligung werte er als positives Signal der Anwohner. Er gehe nicht von der Schaffung eines Präzedenzfalles aus, der Gemeinderat könne auch nach einer heutigen Zustimmung Einzelfallentscheidungen treffen. Bei der Prioritätenliste zum Straßensanierungsprogramm handle es sich nur um eine Information der Verwaltung, welche die Möglichkeit einzelne Projekte durch Bürgerbeteiligung mit finanziellem Engagement vorzuziehen nicht ausschließe. Der Umbau der Grabenstraße sei bereits seit zwei Jahren in Planung, da wäre es eine Enttäuschung, wenn es keine Umsetzung gebe.

Stadtrat Berg berichtet, dass seine Fraktion den Punkten 1 bis 3 zustimmen werde. Bei dem Punkt 4 sei sich die Grünen-Fraktion ebenfalls nicht einig. Er hält fest, dass es hier nicht nur um die Sanierung der Grabenstraße gehe, sondern um die Fortführung des Verkehrskonzeptes Innenstadt, dem eine übergeordnete Bedeutung zukomme. Stadtrat Berg zeigt sich erfreut über die Planungen zum Fahrradverkehr und zum ÖPNV. Er lobt die Anwohner für ihre Bereitschaft sich finanziell zu beteiligen, da die Finanzierung eines solch hohen Ausbaustandards ohne diese Beteiligung in absehbarer Zeit nicht möglich sei. Insgesamt wünsche er sich eine Honorierung des zeitlichen und finanziellen Engagements der Anwohner.

Stadtrat Prof. Dr. Paul erklärt, dass die Vertreter der FDP für den Beschlussvorschlag seien und damit für die Fortführung des Verkehrskonzeptes Innenstadt. Er merkt an, dass eine höhere prozentuale Beteiligung wünschenswert wäre, da diese einen Maßstab für die Zukunft

setzen werde. Mit dem Vorschlag der SPD-Fraktion könne er sich anfreunden, da darin der Einzelfall hervorgehoben werde.

Die Vorsitzende zeigt sich enttäuscht über die Haltung der CDU-Fraktion, nachdem die Planungsphase zwei Jahre gedauert habe. Sie erläutert die Grundidee von Punkt 4 des Beschlussvorschlags und geht auf die Zusammenhänge ein. Sie nimmt zu der Prioritätensetzung zwischen den verschiedenen Straßen Stellung und führt aus, dass über die Basler Straße zwar schon länger gesprochen werde als über die Grabenstraße, die Grabenstraße aber unter dem Gesichtspunkt der Bürgerbeteiligung in den Vordergrund gerückt sei. Die Beteiligung solle nicht zur Pflicht werden, könne aber ein Signal für andere setzen. Insgesamt halte sie es für wichtig, dass für alle die gleichen Voraussetzungen gelten.

Stadtrat Heuer geht auf die Fraktionssitzung ein. Die CDU-Fraktion wolle ebenfalls eine Verschönerung der Grabenstraße. Ebenso sei man für die Bürgerbeteiligung. Er hinterfragt, ob die vertragliche Bindung notwendig sei. Er erkundigt sich, wie mit sogenannten „Trittbrettfahrern“ umgegangen werde. Stadtrat Heuer gibt an, dass er für den Umbau der Straße sei, aber gegen die Schließung von Verträgen mit den Eigentümern. Daher müsse die Ziffer 6 des Begründungsteils der Beschlussvorlage geändert werden.

Stadtrat Denzer verweist auf die lange Planungsphase im Ausschuss für Umwelt und Technik. Er merkt an, dass es dabei keine Einwendungen durch die CDU-Fraktion gegeben habe.

Stadtrat Escher erklärt, dass er sich bereits im Ausschuss für Umwelt und Technik kritisch zum Thema geäußert habe.

Stadträtin Schmolinske ist der Auffassung, dass die hohe Bereitschaft zur Beteiligung ein Gegenbeispiel für Politikverdrossenheit sei. Sogenannte „Trittbrettfahrer“ gebe es immer. Insgesamt spreche nichts gegen den Umbau der Grabenstraße. Durch die Maßnahme werde die Innenstadtqualität erhöht und andere Projekte würden entlastet. Bei einer Ablehnung des Vorhabens werde eine einmalige Chance vertan und viel Vorarbeit zunichte gemacht.

Stadtrat Bernnat macht deutlich, dass seine Fraktion sich nur an dem Begriff „Verpflichtung“ gestört habe. Er teile die Auffassung der Freien Wähler/KUL-Fraktion teilweise. Es gehe hier nicht nur um die Sanierung der Grabenstraße, sondern um die gesamte Innenstadt. Er freue sich über die Bereitschaft zur Bürgerbeteiligung. Er hoffe auf einen einheitlichen Beschluss, zumal der Gemeinderat auch künftig im Einzelfall „nein“ sagen könne.

Stadtrat Escher erklärt, dass er nicht gegen das Projekt sei. Er habe Respekt vor der Bürgerbeteiligung. Bei den Ergebnissen der Planungswerkstatt handle es sich um hervorragende Arbeit. Ihm sei nicht klar gewesen, dass der Umbau nur mit der Bürgerbeteiligung umgesetzt werden solle. Ebenso verstehe er nicht, weshalb die freiwilligen Zahlungen nicht am Ende der Maßnahme geleistet werden könnten. Er befürchte, dass der Stadt eine Rückzahlung der Finanzierungsbeteiligung drohe.

Die Vorsitzende nimmt dazu Stellung. Aus ihrer Sicht sei immer klar gewesen, dass es eine Bürgerbeteiligung geben werde. Die CDU-Fraktion sei der Arbeit der Planungswerkstatt positiv gegenübergestanden. Die Rückzahlungsverpflichtung der Stadt sei als Sicherheit für die Eigentümer gedacht.

Stadträtin Talke gibt eine persönliche Stellungnahme ab. Darin macht sie deutlich, dass sie bei diesem Thema die Meinung ihrer Fraktion nicht teile. Sie wolle die Bürgerbeteiligung.

Stadtrat Vogel bittet darum, noch einmal an der Formulierung des Beschlussvorschlages zu arbeiten.

Stadtrat Böhringer erklärt, dass er die Meinung seiner Fraktion nicht teile. Er merkt an, dass keiner im Gremium etwas gegen Bürgerbeteiligung habe, es gehe nur um die Frage der Finanzierung. Er geht auf die Frage der Gleichbehandlung ein und erklärt, dass für ihn aus diesem Grund die heutige Entscheidung für die Zukunft bindend sei.

Stadtrat Weckler gibt an, dass er vor der Sitzung vom Antrag seiner Fraktion überzeugt gewesen sei, nun aber Zweifel habe. Er erkundigt sich, ob sich die heutige Abstimmung nur auf die Grabenstraße beziehe und damit keine Entscheidung über die anderen in der Beschlussvorlage genannten Straßen hinsichtlich deren Sanierung getroffen werde. Es gehe nur um die mögliche Rückzahlungsverpflichtung gegenüber den Eigentümern, die sich am Umbau der Grabenstraße beteiligen wollen.

Die Vorsitzende bestätigt dies.

Stadtrat Guggemos hält fest, dass die heutige Diskussion wohl zu einer Änderung der Auffassung der CDU-Fraktion geführt habe. Er geht auf die Entstehung der Thematik ein und begründet den Entschluss zum Verzicht auf Bürgerbeteiligung. Dies bedeute hier, dass die Bürger entlastet würden. Er gibt an, dass für ihn das Thema Gleichbehandlung bei der Beschlussformulierung fragwürdig sei.

Stadträtin Kurfeß fasst die bisherige Diskussion zusammen. Sie glaube nicht, dass die Frage der Rückzahlungsverpflichtung der entscheidende Punkt sei. Die Bürgerbeteiligung werde hoch gewertet. Sie zeigt Unverständnis dafür, dass Bürgerbeteiligung in allen anderen Bereichen gewollt, aber hier nicht gewünscht werden solle.

Stadtrat Krämer hält fest, dass seine Fraktion keine Kehrtwendung mache. Ihnen sei wichtig, dass der Umbau der Grabenstraße erfolge. Er erklärt, dass die CDU-Fraktion keine Bürgerbeteiligung verhindern wolle. Es gehe darum, das Vorhaben auf eine freiwillige Basis zu stellen, die den Bürgern entgegenkomme.

Stadtrat Scheurer macht deutlich, dass der Umbau der Grabenstraße mit der Verwirklichung des Innenstadtkonzeptes zusammenhänge. Den Begriff „Trittbrettfahrer“ halte er für unschön,

da es eventuell auch finanzielle Gründe habe, warum sich nicht alle Anwohner der Grabenstraße beteiligen wollen.

Sodann formuliert die Vorsitzende die Punkte 3 und 4 des Beschlussvorschlages neu.

Der Gemeinderat stimmt der folgenden neuen Beschlussfassung einstimmig zu:

1. Den Ergebnissen der Planungswerkstatt für den Umbau der Grabenstraße wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausbauplanung und die Erstellung der Kostenberechnung zu vergeben. Die Planungsmittel stehen auf der Haushaltsstelle 2.6300.950000 in Höhe von 50.000 Euro zur Verfügung.
3. Für den Fall, dass die Stadt Lörrach künftig einen Umbau/Ausbau der nachfolgenden Straßen im Innenstadtbereich vorsieht, geschieht dies ebenfalls unter finanzieller Beteiligung der dort betroffenen Grundstückseigentümer, falls nicht rechtliche Verpflichtungen den Umbau/ Ausbau vorschreiben:
 - a) Basler Straße zwischen Aicheleknoten und Herrenstraße
 - b) Untere Wallbrunnstraße
 - c) Tumringer Straße zwischen Senigallia Platz und Luisenstraße
 - d) PalmstraßeAndernfalls ist den Eigentümern der Grabenstraße ihre Finanzierungsbeteiligung zurückzahlen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Eigentümern entsprechende Verträge abzuschließen.